

Protokoll

Schulbeirat | Sitzung

23. März 2022, 16:40 bis 18:10 Uhr

öffentlich

Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal

Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz

Protokollführerin: Erika Schäfer

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 21

Abwesende Mitglieder: 4

- ÖFFENTLICHER TEIL -

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Vorsitzende entschuldigt:

- **Frau Stadträtin Rastätter** (GRÜNE), ohne Vertretung
- **Herrn Stadtrat Müller** (CDU), ohne Vertretung
- **Frau Stärk** (Vertretung der Lehrkräfte der beruflichen Schulen), ohne Vertretung
- **Frau Blume** (Vertretung der Arbeitnehmer*innen der an der Berufserziehung von Schüler*innen Mitbeteiligten), Vertretung: *Frau Stephan*
- **Frau Grumann** (Vertretung der Schülerinnen und Schüler der beruflichen Schulen), Vertretung: *Herr Handwerker*

Der Vorsitzende verpflichtet:

- **Frau Wieser**, ordentliches Mitglied (Vertretung der Eltern)

Der Vorsitzende begrüßt **Frau Wagner**, die neue Bildungsplanerin des Schul- und Sportamts.

TOP 0 **Ukraine** - mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende begrüßt **Frau Wolf** (Referatsleiterin Regierungspräsidium Karlsruhe) und **Herrn Dr. Stein** (Leiter des Staatlichen Schulamts Karlsruhe).

Frau Wolf skizziert die aktuelle Sachlage aus der schulischen Sicht der Gymnasien und der beruflichen Schulen. Im Vordergrund stehe zunächst eine unkomplizierte und unbürokratische Aufnahme der geflüchteten Kinder und Jugendlichen in den Schulbetrieb. In der Regel würden die Schüler*innen unmittelbar von den Schulen aufgenommen. Teilweise fänden Aufnahmegespräche an zentralen Schulen statt. Inzwischen gebe es auch Fragebögen, mit

denen die Bildungsbiografie der Schüler*innen erfasst werde. Im Stadtkreis Karlsruhe stimmen sich die geschäftsführenden Schulleiter der Gymnasien und der beruflichen Schulen bei der Aufnahme der Kinder und Jugendlichen ab einem Alter von 16 Jahren eng miteinander ab. Schüler*innen ab 16 Jahren mit Deutschkenntnissen werden in der Regel an den Gymnasien aufgenommen werden. Schüler*innen ab 16 Jahren ohne Deutschkenntnisse werden in der Regel in das berufliche Schulsystem eingegliedert. Im Gegensatz zu den Flüchtlingen der Jahre 2015/2016 verfügen die aktuell Geflüchteten über ein deutlich breiteres Spektrum an Sprachkenntnissen, sodass einige Schüler*innen voraussichtlich ohne verstärkten Deutschunterricht unmittelbar in das deutsche Schulsystem integriert werden können. Das aktuell praktizierte Vorgehen soll maximal bis zu den Sommerferien fortgesetzt werden. Für das mittel- und langfristige Vorgehen nach den Sommerferien werden derzeit Konzepte erarbeitet. Neben der Beschulung im deutschen Schulsystem bestehe auch die Möglichkeit der Online-Beschulung aus dem ukrainischen Schulsystem. Das Kultusministerium beschäftige sich derzeit unter anderem mit der Frage, unter welchen Voraussetzungen ukrainischer Fernunterricht die deutsche Schulpflicht ersetzen könne.

Herr Dr. Stein ergänzt den aktuellen Sachstand aus dem Blickwinkel der Grund-, Werkreal-, Real-, Gemeinschaftsschulen und der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren. Er bestätigt die Willkommenskultur und Offenheit an den Schulen und die zielführende Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen und Akteure. Auch wenn die gesetzlichen Regelungen eine Schulpflicht erst nach sechs Monaten vorsehen, bestehe das Recht auf Bildung ab dem ersten Tag des Aufenthalts in Deutschland. Für die Kinder sei es wichtig, schnell wieder einen geregelten Tagesablauf zu erhalten. Die Lenkung der Schülerschaft der Sekundarstufe I erfolge über die Koordinationsbüros an den Schulen der geschäftsführenden Schulleitern Herr Kühn (Pestalozzischule) und Herr Vogel (Gutenbergschule). Die aktuell in Karlsruhe bestehenden 18 (an Grundschulen: 10; in der Sekundarstufe I: 8) Internationalen Vorbereitungsklassen (VKL-Klassen) reichen nicht aus, um die rasant wachsende Nachfrage zu decken. Eine zusätzliche VKL-Klasse am Standort Schiller-Grundschule sei bereits eingerichtet worden. Nach den Osterferien komme eine weitere VKL-Klasse an der Tulla-Realschule hinzu, und auch das Helmholtz-Gymnasium habe Unterstützungsbereitschaft signalisiert. Möglichkeiten für die Einrichtung weiterer VKL-Klassen beständen bei Bedarf darüber hinaus an der Augustenburg-Gemeinschaftsschule, dem Otto-Hahn-Gymnasium, der Grundschule Grünwinkel, der Leopoldschule, der Anne Frank-Gemeinschaftsschule, der Sophie-Scholl-Realschule, der Ernst-Reuter-Gemeinschaftsschule, der Werner-von-Siemens-Werkrealschule und der Hans-Thoma-Grundschule. Das Kultusministerium plane, noch in dieser Woche ein Online-Abfrage-Tool (OFT-Abfrage) freizuschalten. Über dieses Tool werden die Schulleitungen die ankommenden ukrainischen Schüler*innen erfassen, damit zügig auf einen sich abzeichnenden Bedarf reagiert werden und die benötigte Infrastruktur eingerichtet werden könne. Hinsichtlich der Gewinnung der erforderlichen Lehrkräfte sei bereits eine offene Ausschreibung für die Schiller- und die Gutenbergschule erfolgt. Von den Standorten Schiller- und die Gutenbergschule aus könnten Lehrkräfte bedarfsgerecht auch an andere Standorte gelenkt werden. Es sei vorgesehen, dass die neu eingestellten Lehrkräfte einige Tage am Unterricht von Hospitationsschulen teilnehmen, wo ihnen erfahrene Ansprechpersonen zur Seite stehen. Anschließend starten sie mit dem Unterricht in der eigenen Klasse.

Herr Vogel (geschäftsführender Schulleiter, Schulleiter Gutenbergschule) und **Herr Kühn** (geschäftsführender Schulleiter, Schulleiter Pestalozzischule) bestätigen die rasch ansteigende Nachfrage nach Schulplätzen im Bereich der Sekundarstufe I. Die

Aufnahmekapazitäten in den bestehenden VKL-Klassen seien nahezu erschöpft. Sie warten daher auf die Signale des Staatlichen Schulamts, zu welchem Zeitpunkt an welchen Standorten in welchem Umfang neue Klassen den Betrieb starten, um die wartenden Schüler*innen verteilen zu können.

Der Vorsitzende merkt an, dass auch Sportvereine mit niederschweligen Angeboten im Sozialraum zur Strukturierung des Tagesablaufs der Kinder und Jugendlichen beitragen.

Frau Stadträtin Binder (Die LINKE.) erkundigt sich, inwieweit auch ukrainische Lehrkräfte unterstützend in VKL-Klassen eingesetzt werden können und ob sich die leerstehenden Räume des Rathaus West auch für eine Beschulung der geflüchteten Schüler*innen eignen.

Herr Stadtrat Hofmann (CDU) möchte wissen, wann das Ausschreibungsverfahren für Lehrkräfte für VKL-Klassen abgeschlossen sei und zusätzliche Lehrkräfte für VKL-Klassen zur Verfügung stehen. Er erkundigt sich, inwieweit an den Schulen räumliche Kapazitäten für weitere VKL-Klassen vorhanden seien und inwieweit der Impfstatus (insbesondere im Hinblick auf die fehlende Masernschutzimpfung) der Geflüchteten bei der Aufnahme in die Schulen Probleme bereite. Er würde begrüßen, wenn alle zentralen Informationen für Geflüchtete in einer übergreifenden Informationsbroschüre gebündelt vorlägen.

Frau Stadträtin Uysal (SPD) möchte wissen, welche Pläne es hinsichtlich der Erhebung des Sprachstands und der Sprachförderung gebe und nach welchen Kriterien die Schüler*innen auf die Schulen beziehungsweise Schularten verteilt werden. Neben der Sprachförderung sei aus ihrer Sicht insbesondere auch die sozialpädagogische Begleitung der Schüler*innen wichtig. Sie hofft, dass das Kultusministerium den Lehrkräften dazu zeitnah Konzepte zur Orientierung zur Verfügung stellt.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE) erkundigt sich nach der Anzahl der unbegleiteten Minderjährigen und dem Sprachstand der Kinder und Jugendlichen. Sie habe gehört, dass zahlreiche Schüler*innen ohne den vorgeschalteten Besuch von VKL-Klassen direkt am Regelunterricht teilnehmen können.

Herr Stadtrat Cramer (KAL/Die Partei) lobt das Engagement der Schulen, das unbürokratische Vorgehen und die vorbildliche Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den Ehrenamtlichen der Zivilgesellschaft.

Herr Stadtrat Jooß (FDP) schlägt vor, zur Überbrückung der Lehrerknappheit Pensionäre zu akquirieren.

Frau Wolf informiert, dass sich eine übergeordnete Gruppe im Kultusministerium derzeit mit Ideen zur Beschulung der Schüler*innen aus der Ukraine beschäftigt. Zentrale Fragen dabei seien, welche schulischen Voraussetzungen die Kinder und Jugendlichen mitbringen und was sie in der aktuellen Situation brauchen. Mit der Frage der Entwicklung in der Ukraine gehe auch die Entscheidung der Eltern hinsichtlich des zukünftigen schulischen Bildungswegs ihrer Kinder einher. In die Überlegungen der Task Force des Kultusministeriums würden daher unterschiedlichste Möglichkeiten wie beispielsweise der Online-Unterricht der ukrainischen Schulen selbst oder die Kombination von Teilnahme am deutschen Unterricht mit anschließendem Online-Unterricht der ukrainischen Schulen einbezogen. Lehrkräfte würden grundsätzlich ganzjährig eingestellt. Unterjährig gemeldeter Bedarf gehe in

der Regel auf Krankheitsfälle oder zusätzlichen Bedarf wie beispielsweise für VKL-Klassen zurück. Diese Stellen schreibe das Regierungspräsidium mit befristeten Verträgen zentral aus. Für die Voraussetzungen und Bedingungen der Einstellung ukrainischer Lehrkräfte werde es bundesweit einheitliche Regelungen geben. Noch in dieser Woche werde für Baden-Württemberg ein landesweites Portal freigeschaltet, über das sich ehrenamtliche Helfer*innen, Übersetzer*innen, Unterstützer*innen, Interessierte und ukrainische Lehrkräfte melden können. Dort sei auch hinterlegt, welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen. Zur Unterstützung der Schulen und Lehrkräfte in Baden-Württemberg biete das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) unterschiedlichste Schulungen zum Thema „Krieg in der Ukraine“ an. Bei der Verteilung der Schüler*innen arbeite das schulische System eng zusammen. Neu erarbeitet worden seien Aufnahmebögen in drei Sprachen, mit denen beispielsweise Vorkenntnisse erfasst werden. In den Aufnahmegesprächen stimmen sich Eltern und Schulleitungen über die passende Schulart und Schule für die Kinder und Jugendlichen ab. Um trotz Lehrkräftemangel die Unterrichtsversorgung sicherzustellen, seien bereits in der Vergangenheit pensionierte Lehrkräfte und andere Personengruppen, die die erforderlichen Voraussetzungen erfüllen, angesprochen worden. Auf diesem Wege konnten in der Vergangenheit bereits zusätzliche Personen gewonnen und eingesetzt werden.

Herr Dr. Stein ergänzt, dass die Suche von Standorten und räumlichen Ressourcen für zusätzliche VKL-Klassen in Abstimmung mit den Schulleitungen erfolgt sei. Nach Mitteilung des Kultusministeriums werde die verpflichtende Masernschutzschimpfung zunächst bis zum Ende dieses Jahres ausgesetzt. Zur schulpsychologischen Unterstützung traumatisierter Kinder seien über das ZSL Schulpsycholog*innen eingebunden.

Herr Müller (geschäftsführender Schulleiter der Gymnasien) erläutert, dass zunächst unabhängig von Sprachkenntnissen und Bildungsbiografien die zügige und unbürokratische Aufnahme und Integration der Kinder im Vordergrund gestanden habe. In einem nächsten Schritt werde man den Blick stärker auf den Bildungshintergrund und dabei vor allem auf die Deutschkenntnisse richten und die Schüler*innen ihrem Bildungsstand entsprechend der passenden Schulart oder gegebenenfalls einer VKL-Klasse zuordnen. Das kurzfristige Handeln sei zunächst zielführend gewesen, um Kindern eine Alltagsstruktur zu geben und sie von Erlebtem abzulenken. Das weitere Vorgehen müsse in Folge aber mit mittel- und langfristigen Konzepten hinterlegt werden.

Herr Hörner (geschäftsführender Schulleiter der beruflichen Schulen) merkt an, dass potenzielle Lehrkräfte zurzeit acht bis zehn Wochen auf das für den Eintritt in den Schuldienst erforderliche polizeiliche Führungszeugnis warten müssen. Er bittet um eine beschleunigte Bearbeitung der Anträge auf Ausstellung eines polizeilichen Führungszeugnisses für diese Personengruppe, damit sie möglichst schnell im Unterricht eingesetzt werden können.

Der Vorsitzende merkt an, dass der Stadtverwaltung sich bei ihrem Vorgehen an einem sozialräumlichen Ansatz orientiere, bei dem die Interessen und Bedürfnisse der Geflüchteten im Vordergrund stehen. Gemeinschaftlich mit allen Beteiligten versuche man dort, wo Bedarf bestehe, die benötigten Angebote zu realisieren, um so die Lebensbedingungen der Geflüchteten zu verbessern. Das Rathaus West sei für die Unterbringung der Geflüchteten vorgesehen. Die Beschulung der Kinder- und Jugendlichen solle an Schulen erfolgen, wo für die geflüchteten Schüler*innen Gelegenheit zum Kontakt und Austausch mit Gleichaltrigen bestehe. Eine umfassende Info-Broschüre befinde sich bereits in Arbeit. In der

vergangenen Woche seien zwei unbegleitete Minderjährige aus der Ukraine in Karlsruhe eingetroffen.

Ergebnis:

Der Schulbeirat nimmt Kenntnis.

TOP 1 Sanierungen/Neubauten von Schulsporthallen in den nächsten Jahren
- Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt **Frau Kracht** vom Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft (HGW) und **Herrn Brecht** von der Karlsruher Sportstätten-Betriebs-GmbH (KSBG).

Frau Stadträtin Großmann (GRÜNE) möchte wissen, auf welche Weise die Schulleitungen über Baufortschritte und gegebenenfalls über Probleme und Verzögerungen auf dem Laufenden gehalten werden und ob auch Ausweichmöglichkeiten in Einrichtungen von Sportvereinen oder anderen Institutionen in die Überlegungen einbezogen werden.

Frau Stadträtin Uysal begrüßt, dass kleinere bauliche Maßnahmen nach Möglichkeit außerhalb des Schulbetriebs durchgeführt werden. Sie ist irritiert über die vorgeschlagene Verlagerung von der Waldschule Neureut in das Schulzentrum Südwest und möchte wissen, welche Überbrückungsmöglichkeiten während der Techniksanieierung an der Lustgartenhalle vorgesehen seien.

Herr Stadtrat Schnell (AfD) erkundigt sich nach den Kriterien für die Reihenfolge der geplanten Baumaßnahmen.

Herr Stadtrat Hofmann ist es wichtig, dass der Zeitplan für die Eichelgarten-Sporthalle eingehalten wird und die Sporthalle im Jahr 2025 zumindest in Teilbereichen wieder genutzt werden könne. Auch er betrachtet das Schulzentrum Südwest als keine realistische Ausweichmöglichkeit für die Waldschule Neureut.

Frau Stadträtin Binder (Die LINKE.) interessiert sich für die Stellungnahmen der aktuell betroffenen Schulen und erkundigt sich, inwieweit auch Schwimmbäder als Ausweichmöglichkeiten in Betracht gezogen werden.

Frau Kracht informiert, unter die erste Priorität für Baumaßnahmen falle die nicht mehr vorhandene Möglichkeit der Nutzung und der Brandschutz. Zweite Priorität sei der Klimaschutz. Sollte es bei der ganzheitlichen Sanierung der Eichelgartensporthalle zu unvorhergesehenen Verzögerungen kommen, sei sie zuversichtlich, dass provisorische Lösungen zur Überbrückung gefunden werden können.

Frau Beer (Schul- und Sportamt) ergänzt, die Schulen würden vom Schul- und Sportamt und vom Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft ab der Information über den Baubeginn kontinuierlich in die Kommunikation, den Austausch und gegebenenfalls auch in die Suche nach Alternativen einbezogen. Aktuell gebe es aufgrund der Verzögerung von Baumaßnahmen Abstimmungsgespräche mit der Sophie-Scholl-Realschule. In Absprache mit der Schulleitung habe man sich darauf verständigt, dass der Sportunterricht während der Zeit, in der keine Halle zur Verfügung stehe (im Juli und für einen Zeitraum von zwei bis

drei Wochen Ende September) teilweise auf dem Gelände des Sportvereins Grünwinkel durchgeführt oder ins Freie verlagert werde. Bei der Suche nach Alternativen würden stets auch in der Nähe gelegene Sportvereine in die Überlegungen einbezogen und gegebenenfalls Gespräche mit diesen Vereinen gesucht. Das Ausweichen auf Schwimmbäder hingegen sei schwierig. Da Schwimmunterricht zum Pflichtunterricht im Rahmen des Lehrplans gehöre, seien die zur Verfügung stehenden Unterrichtsstunden in den Schwimmbädern in der Regel bereits ausgelastet. Im Hinblick auf die Grundschule am Lustgarten sei man hinsichtlich Überbrückungsmöglichkeiten im Gespräch mit der Schulleitung. Der Sportunterricht in der Grundschule könne gegebenenfalls zeitweise auch anderweitig wie beispielsweise durch Bewegungsangebote auf dem Schulhof abgedeckt werden. Bei der angegebenen Verlagerungsmöglichkeit von der Waldschule Neureut ins Schulzentrum Südwest handle es sich möglicherweise um einen Schreibfehler und es sei stattdessen das Schulzentrum Neureut gemeint. Dies werde geprüft.

(Nachträgliche Anmerkung zum Protokoll: Es handelt sich tatsächlich um einen Schreibfehler. Richtig ist: Möglichkeit einer Verlagerung für die Waldschule Neureut: Sporthalle der Bundeswehr, Einzelstunden Schulzentrum Neureut und Südschule Neureut, Bustransfer notwendig.)

Ergebnis:

Der Schulbeirat nimmt Kenntnis.

TOP 2 IT-moderne Schule: Ausbau des technischen Supports für die pädagogische IT-Umgebung in Karlsruher Schulen
- Vorlage -

- abgesetzt -

TOP 3 SKiBB: Muster-Raumprogramm für Ganztagsangebote an Grundschulen
- Vorlage -

Der Vorsitzende begrüßt **Frau Grebhardt** von der Sozial- und Jugendbehörde (SJB) und **Frau Kuropka** vom Stadtjugendausschuss e. V. Karlsruhe (StJA).

Herr Stadtrat Hofmann erkundigt sich, ob zu einem späteren Zeitpunkt ein Soll-Ist-Vergleich der tatsächlichen Gegebenheiten mit dem Muster-Raumprogramm vorgesehen sei.

Frau Stadträtin Moser (SPD) ist erstaunt über die für die Küche einer fünfzügigen Ganztagsgrundschule zur Verfügung stehende Fläche. Diese erscheine ihr sehr groß.

Frau Stadträtin Binder hat den Eindruck, dass der Flächenbedarf für das kommunale Schulkind-Bildungs- und Betreuungssystem (SKiBB) größer sei als der für eine Ganztagsgrundschule.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE) bittet um frühzeitige Information zu den benötigten Finanzmitteln, damit diese im Hinblick auf die städtische Haushaltsplanung rechtzeitig berücksichtigt werden können.

Frau Scheuerer (Schul- und Sportamt) informiert, dass ein Soll-Ist-Vergleich und eine entsprechende Darstellung möglich seien. Die Berechnung des erforderlichen Platzbedarfs beruhe auf der Grundlage, die auch bisher bereits bei der Kalkulation von Flächen für Ganztagschulen herangezogen worden sei. Bei der Berechnung der Küchenfläche wurde berücksichtigt, dass die Hauswirtschaftskräfte das Mittagessen in einem kurzen Zeitfenster gut ausgeben können. Außerdem erfordere das präferierte Verpflegungssystem Cook & Chill einen großen Platzbedarf für Lagerung, Vorbereitung und Regeneration der Speisen.

Beschluss:

Der Schulbeirat nimmt Kenntnis.

TOP 4 Ausgewählte Bildungsdaten für das Schuljahr2020/21
- Vorlage -

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady freut sich über die positive Entwicklung der Gemeinschaftsschulen und hofft, dass die Einrichtung der gymnasialen Oberstufe auch weiterhin dazu beitrage, die Zahl der Schüler*innen an Gemeinschaftsschulen zu stabilisieren und zu steigern. Nachdenklich mache sie die auffallend geringe Inklusionsquote, die deutlich unter dem Landesdurchschnitt liege. Sie blicke gespannt auf die Ursachen und Erklärungen dazu, die sie im Zusammenhang mit dem Antrag „Schulische Inklusion aktiv fördern und voranbringen“ in einer der nächsten Sitzungen des Schulbeirats erwarte.

Frau Stadträtin Binder ist angenehm überrascht, dass ein großer Teil der Eltern sich für die Ganztagsgrundschule entscheidet.

Herr Stadtrat Schnell interessiert sich auch für die Daten der Privatschulen.

Herr Frisch (Schul- und Sportamt) informiert, im ersten Schritt habe man die Daten der öffentlichen Schulen in Karlsruhe aufbereitet. Es sei beabsichtigt, das Thema weiter ausbauen. Soweit die Daten zur Verfügung ständen, könnten dabei auch Daten zu den Privatschulen aufgenommen werden.

Beschluss:

Der Schulbeirat nimmt Kenntnis.

Um 18:10 Uhr beendet **der Vorsitzende** den öffentlichen Teil der Sitzung. Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nicht öffentlicher Teil.

Karlsruhe, 1. April 2022

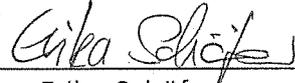
Gesehen und genehmigt:



A handwritten signature in black ink, appearing to read 'ML', with a horizontal line underneath. A large, stylized flourish or mark is written below the line, extending to the right.

Martin Lenz
Bürgermeister

04.04.22



A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Erika Schäfer', with a horizontal line underneath.

Erika Schäfer
Schriftführerin